

## Pressemitteilung

07. September 2023

Civey-Umfrage für INSM

### **Zwei Drittel der Öl- und Gasheizungbesitzer halten Heizungsgesetz nicht für sinnvolle Maßnahme gegen Klimawandel / Selbst Grünen-Wähler mehrheitlich skeptisch**

Berlin – Laut einer vom Meinungsforschungsinstitut Civey im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** durchgeführten repräsentativen Umfrage (rund 1100 Befragte) erfreut sich die Gas- bzw. Ölheizung größerer Beliebtheit als mithin angenommen.

94 Prozent aller Besitzer dieser Modelle sind damit zufrieden. Das gilt für Anhänger aller Parteien. Selbst 87 Prozent der Grünen-Wähler sind zufrieden mit ihrer Heizung. Ferner haben 69,1 Prozent aller Besitzer einer Gas- oder Ölheizung nicht vor, sie durch eine klimafreundliche Alternative zu ersetzen.

81,5 Prozent der Befragten sind mit der Arbeit der Bundesregierung rund ums Heizungsgesetz unzufrieden, nur 15,6 Prozent sind zufrieden. Selbst bei den Grünen-Wählern sind nur 39,5 Prozent zufrieden, aber 50 Prozent unzufrieden.

Auf die Frage, Welche Partei nach bei der Debatte um das neue Gebäudeenergiegesetz („Heizungsgesetz“) am ehesten die Interessen der Befragten vertrete, nannten die meisten Befragten mit knapp 30 Prozent die Unionsparteien. Die Grünen müssen sich mit 15,2 Prozent begnügen.

Auch fragten die Meinungsforscher verschiedene Emotionen (Wut, Gelassenheit, Angst, Unsicherheit, Zuversicht, Überforderung, Motivation, Freude) ab, die Befragte mit Blick auf das Gebäudeenergiegesetz aktuell empfinden. Weit mehr als die Hälfte der Befragten (54,5 Prozent) gab an, wütend zu sein, gefolgt von Unsicherheit (34,8 Prozent) und Überforderung (29,3 Prozent). Mehrfachnennungen waren möglich.

Die große Mehrheit der Besitzer von Gas- und Ölheizungen (81,4 Prozent) fühlt sich durch die Bundesregierung unzureichend über das Gebäudeenergiegesetz informiert, nur 16,4 Prozent sind zufrieden mit der Informationslage. Die Unzufriedenheit erstreckt sich über Wähler aller Parteien. Selbst Grünen-Anhänger geben zu 60,5 Prozent an, unzufrieden zu sein.

Drei Viertel der Befragten sorgen sich, dass die potenziellen Kosten für den Austausch Ihrer derzeitigen Gas- oder Ölheizung sie finanziell überfordern könnten. Dies ist insbesondere bei Unions- bzw. FDP-Wählern zur 80 bzw. 85 Prozent der Fall, jedoch äußerte sich auch bei Grünen- und SPD-Wählern eine Mehrheit entsprechend. 72,4 Prozent geben auf die Frage, ob ihr Zuhause an das kommunale Fernwärmenetz angeschlossen sei und ihnen diese Information überhaupt vorläge an, der Haushalt sei nicht angeschlossen und werde es auch nicht.

INSM-Geschäftsführer **Thorsten Alsleben**: *„Es gab selten ein Vorhaben, dass so sehr an den Interessen der großen Mehrheit vorbei geplant wurde. Selbst die Grünen-Anhänger unter den Gas- und Ölheizungsbesitzern sind mehrheitlich mit dem Heizungsgesetz und der Regierung unzufrieden. Wenn die Regierung einen Funken Anstand und Basiskontakt hätte, würde sie das Gesetz stoppen.“*

Kommunikationschef und Pressesprecher INSM: Carl-Victor Wachs, Tel. 0176 616 49 030; [wachs@insm.de](mailto:wachs@insm.de), weitere Informationen auf [www.insm.de](http://www.insm.de).

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.